

Vergleich von Konzepten der Regionalforschung

1. Fragestellung

Das Thema enthält drei Begriffe, die einander zuzuordnen sind. Gehen wir von der Regionalforschung aus. Zwar wird „Region“ unterschiedlich definiert, selbst von der EU, die einerseits einen „Ausschuss der Regionen“ unterhält, andererseits die „Nomenclature of Territorial Units for Statistics“ (NUTS) einführt, die 5 Ebenen von Regionen unterscheidet. Wichtig ist nur, bei einem Vergleich von Konzepten die Ebenen nicht zu verwischen.

Am besten folgen wir Binas, der empfiehlt: „Betrachten wir einen sozio-ökonomisch positiven Begriff von Regionalisierung: hier wird die regionale Verantwortungsgemeinschaft zum Strukturniveau der Herausbildung von Problemlösungskompetenzen.“ Und, ganz im Sinne unserer Fragestellung, formuliert er: „Auf eine Formel gebracht: wie kann Region a) lebensweltlich praktischer Aktionsradius mit Kontur, Kohärenz und hinreichender Komplexität sein bzw. werden und b) wie sind die Bedingungen und Instrumentarien zur Beförderung eines solchen Prozesses zu entwickeln?“¹

Schwieriger wird es bei „Konzepten“. Unter diesem Begriff müssen wir eine Handlungsanleitung verstehen. Diese ist aber zielbestimmt. Ich muss also fragen: Was will ich erreichen? Diese Frage selbst ist aber vorbestimmt durch eine Theorie, etwa die Chaostheorie, die Theorie der Nachhaltigkeit, des Kreislaufs oder des Laissez-faire eines ungezähmten Liberalismus. Schon bei der Fragestellung gehe ich also von einem Vorverständnis aus. Will ich Vollbeschäftigung als Ziel ansteuern oder Bevölkerungswachstum initiieren oder die Infrastruktur optimieren oder Erhaltung der Landschaft gegen Tagebau präferieren oder etwa Wirtschaftswachstum um jeden Preis? Wenn ich also von Transformation spreche, brauche ich einen Maßstab zur Bewertung der Veränderungen. Die erste Frage muss also lauten: Was will ich wissen?

2. Bestandsaufnahme

Ich wähle also aus und frage: Was muss ich wissen?

1. Ich möchte etwas wissen über die Bevölkerung einer Region. Dafür benötige ich die demographischen Daten: Anzahl, Geschlechterverteilung, Alter, Entwicklung in einer Zeitreihe, Verteilung in der Fläche, Unterschiede zwischen Stadt und Land, innerhalb der Städte usw.

Aus dieser Bestandsaufnahme ergeben sich die Fragen nach den Ursachen für z.B. Abwanderung der jungen Frauen, Überalterung, Versorgung durch Dienstleistungen, Gesundheit, Kultur, Bildung. Und ich kann nach den Folgen fragen, wie die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz die Universitäten Mainz, Landau und Trier beauftragte, die regionalen Entscheidungsträger zu befragen, d.h. die Delphi-Methode anzuwenden.

¹ Binas, Eckehard, Theoretische Anmerkungen zu Problemen der Modellierung und Operationalisierung im Anforderungs- und Erwartungsspektrum der Regionalforschung, in: Regionalentwicklung der Oberlausitz. Chancen und Perspektiven. Hg. Von Wolfgang Geierhos. Neues Lausitzisches Magazin, Beiheft 5, Görlitz 2007, S. 113; pdf-Datei unter olgdw.de

2. Das liebste Kind der Befragter bildet die Ökonomie. Das Statistische Landesamt besitzt die Daten von Beschäftigten, Anzahl der Betriebe, Kosten- und Nachfragekopplungen, Transportkosten, Außenhandel usw. Dazu setzt sich allmählich die Anerkennung des Tourismus als „saubere“ Industrie durch, die Arbeitsplätze bereitstellt, ebenso die bildungspolitische und kulturelle Infrastruktur als Vorhalte für Industrieansiedlung.
3. Wegen der Bedeutung der Forschung für industrielle Innovationen gewinnen die technischen Hochschulen an Wert. Kooperationen und Kopplungen von Bildungsgängen mit der regionalen Wirtschaft sind Standortvorteile. Gute Schulbildung ist wiederum Voraussetzung für den Universitätsbesuch oder solide handwerkliche bzw. Facharbeiterausbildung.
4. Als letztes seien die sog. „weichen“ Faktoren erwähnt: die Identität einer Region, also das Begreifen der Oberlausitz als historisches Land mit seinen Spezifika, die geographische Lage, die die Zusammenarbeit mit den Nachbarn erzwingt. In den Städten die allgemeine Stimmung, das Verhältnis von Verwaltung und Bürger, zur Wirtschaft, das Selbstverständnis der Wirtschaftsförderung, die Geschwindigkeit der Bearbeitung von Anträgen zur Wirtschaftsansiedlung, die Sicherheit einer langfristigen Planung der Stadtentwicklung usw.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern ist dabei durchaus auf der Höhe der Diskussion, wenn wir lesen: „Um auf die neuen Herausforderungen eines sich verändernden Wettbewerbes auch der Regionen schneller und flexibler reagieren zu können, besteht eine Nachfrage nach geeigneten Steuerungsinstrumenten. Dabei hat sich herausgestellt, dass die alleinige Orientierung auf die Erarbeitung der zum Teil sehr komplexen Raumordnungspläne (Landesentwicklungsplan, Regionalpläne) für eine Steuerung der räumlichen Entwicklung nicht mehr ausreicht.

Weiche (d.h. weniger formalisierte), noch stärker umsetzungsorientierte Instrumente gewinnen gegenüber diesen klassischen (normativen) Instrumenten der Raumordnung an Bedeutung. Dabei sollen die neuen flexiblen Instrumente die klassischen Pläne keineswegs verdrängen, sondern ergänzen und damit zur Konkretisierung der landesplanerischen Ziele und zur Stärkung der regionalen Entwicklung beitragen.“²

3. Modelle/Beispiele

Ein bewährtes und legitimes Mittel ist die Heranziehung von Beispielen aus anderen Regionen. Erfolgreiche wie gescheiterte Konzepte bringen uns weiter. Wichtig ist die Erfahrung, dass es möglich ist, durch Erarbeitung von Entwicklungskonzepten und deren Umsetzung zum Erfolg zu kommen. Das stimuliert die eigenen Anstrengungen. Voraussetzung ist die kritische Analyse der Ausgangsbedingungen, also die Bestandsaufnahme vor Greifen der dann getroffenen Maßnahmen, die Erfahrungen in der Begleitung der Projekte, im Umgang mit aufgetretenen Problemen, schließlich die Erfolgsmessung.

Es liegt eine Reihe von Studien vor:
 Rheinland-Pfalz, Schwerpunkt Demoskopie
 Westerzgebirge

² Raumordnung und Landesentwicklung in Sachsen.. Hg. Vom Sächsischen Staatsministerium des Innern, Abt. 6. Dresden 2004, S. 20 f.

Stadt Zwickau
 Vergleich Dresden-Rostock-Karlsruhe
 Waldviertel in Niederösterreich
 Sachsen: InnoDreiländereck; Süd- und Ostsachsen
 Irland, Wales
 Schleswig-Holstein
 Lausitz-Spreewald
 Kattowitz und Oppeln

Die Autoren bzw. Auftraggeber kommen aus der Wissenschaft, z.B. das BISS, die Hochschulen in Cottbus, Jena, Karlsruhe, Oxford N.Y., Görlitz/Zittau oder der Administration: Stadt Zwickau, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Sächsische Staatsministerien für Umwelt und Landwirtschaft, für Inneres, den Parteien, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Einige wissenschaftliche Einrichtungen seien hier genannt:

IRS – Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Potsdam
 ZTG – Zentrum für Technik und Gesellschaft, TU Berlin
 IÖR – Institut für Ökologische Raumentwicklung, Dresden
 BISS – Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien, Netzwerk Ostdeutschlandforschung
 ITA NFG – Nachwuchsforschergruppe Innovations- und Technikanalyse, Hochschule Zittau/Görlitz
 ZTC-VDI – Zukünftige Technologien Consulting der VDI Technologiezentrum GmbH, Düsseldorf
 IRS – Leibnitz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner
 IWH – Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Forschungsabteilung Stadtökonomik
 IPRAS – Institut für praxisorientierte Sozialforschung & Beratung e.V. c/o Institut für Soziologie Friedrich-Schiller-Universität Jena
 ISI – Fraunhofer-Institut für Innovationsforschung und Systemtechnik, Karlsruhe
 - Forschungsstelle Innovationsökonomie an der TU Bergakademie Freiberg
 RRV – Gesellschaft für Raumanalysen, Regionalpolitik und Verwaltungspraxis mbH, Bayreuth
 IfR – Informationskreis für Raumplanung e.V. Dortmund
 - Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, Kompass-Modellkommunen
 - Steinbeis-Europa-Zentrum, Stuttgart (Innovation Relay Centre Stuttgart, Erfurt, Zürich)
 TRAWOS – Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung, Hochschule Zittau/Görlitz.

Versucht man eine grobe Einteilung der Studien vorzunehmen, lässt sich erkennen:

1. Demoskopische Daten erfassen, um den demographischen Wandel darzustellen
2. Befragung von Unternehmen bzw. kommunalen Entscheidungsträgern
3. Erfassen von vorher definierten Bereichen (Räumen, Sektoren) aufgrund einer Hypothese
4. Handlungsempfehlungen aufgrund bestimmter Konzeptionen.

3.1 Bestandsaufnahme

Grundlage für viele Interpretationen und Prognosen ist der „demographische Wandel“, d.h. die Abnahme der Bevölkerung. Neben die Feststellung der Trends tritt die Frage nach

dem Umgang mit dieser Tatsache. Es wird festgestellt, dass in Deutschland die Geburtenrate von 1965 bis 1975 von 2,4 auf 1,4 Kinder pro Frau zurückgegangen ist. Der Kindermangel wird als „demographische Katastrophe“ bezeichnet. So dokumentierte Rheinland-Pfalz 2003 dieses Thema als „Die demographische Herausforderung“ (Mayener Forum 11. Nov. 2003, 70 S.) und schlussfolgerte: „Die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz geht in den nächsten 47 Jahren (d.h. bis 2050-W.G.) von derzeit 4 Mio Einwohnerinnen und Einwohner auf dann knapp 3 Mio Menschen zurück – falls es das Land Rheinland-Pfalz dann überhaupt noch gibt.“³

Etwas aktuellere Daten zeigt das Buch „Die demographische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?“ von 2006. Nach den hier angeführten Daten wächst die Einwohnerzahl in Rheinland-Pfalz von 4.061.000 im Jahr 2004 auf 4.134.000 im Jahr 2020 (S. 138)! Und es wird sehr stark nach Landkreisen differenziert. Diese Zahlen sind also durchaus mit den sächsischen vergleichbar. Hier lauten sie:

Einwohnerzahl Sachsen 2004: 4.296.000

2020: 3.891.000!⁴

Das IWH kommt mit 3.785.785 Einwohnern im Jahr 2020 zu einem ähnlichen Ergebnis.⁵

Inzwischen ist von den Demoskopern erkannt worden, dass es gegenläufige Tendenzen zur Bevölkerungsabnahme gibt: In Dresden, Leipzig, Bautzen, Görlitz blieb die Bevölkerung stabil bzw. wuchs sogar. So weist die Stadt Görlitz aus:

Einwohner 2004: 58.154

2005: 60.232⁶

So spricht auch das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung für Sachsen von einer Trendumkehr seit dem Jahr 2000.⁷

Die Zahlen sind für die Regionalplanung von wesentlicher Bedeutung, betreffen sie doch in ihrer Auswirkung alle Bereiche: Verkehrsplanung, Wohnungsbau bzw. -abriss, Energieversorgung, Wasserversorgung und -entsorgung, Rohrsysteme, Schulen, Gesundheit, Kultur. Zu Recht spricht Klaus Weisbrod von der „demographischen Falle.“⁸

Es besteht also akuter Handlungsbedarf, denn eine zu geringe Auslastung der Wasserrohre z.B. verursacht immense Kosten. Darüber hinaus mag eine Schulschließung wegen zu geringer Schülerzahlen zwar vertretbar sein, die Auswirkungen auf die Sozialstruktur, Ökonomie einer Gemeinde sind noch nicht hinreichend untersucht. „Fundierte Handlungsempfehlungen für die kommunale Ebene wurden bislang nicht entwickelt,“ schreibt auch Kerstin Schmidt von der Bertelsmann-Stiftung 2003.⁹

Konsequenzen

Ein, wenn auch nicht erfolgreicher Versuch des Problems habhaft zu werden, ist die Relativierung. So liegt Deutschland in der Geburtenhäufigkeit in der Mitte zwischen

³ Mayener Forum 11. November 2003, S. 18

⁴ Die demographische Lage der Nation. 2006, S. 90; Freistaat Sachsen, Staatskanzlei: Expertenkommission „Demografischer Wandel Sachsen“. Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels im Freistaat Sachsen. 2. Aufl. 2006, S. 2

⁵ Ragnitz, Joachim, Demographischer Wandel in Sachsen. Teil III. IWH März 2004, S. 8

⁶ Kreisfreie Stadt Görlitz, Informationsbroschüre 2006, S. 11f.

⁷ Die Demographische Lage der Nation, S. 92

⁸ Mayener Forum 2, 11. Nov. 2003

⁹ Schmidt, Kerstin, Den Demographischen Wandel gestalten. – Weichen für die Zukunft stellen. 1. Fassung. Bertelsmann-Stiftung 2003, S. 30

Italien, Spanien, Griechenland auf der einen Seite und Polen und den USA auf der anderen.¹⁰ Damit wird das Problem normalisiert.

Ein zweiter Ansatz ist: Man fragt die Entscheidungsträger. So lauteten in Rheinland-Pfalz die Forschungsfragen:

1. Haben sich die Entscheidungsträger schon mit dem Problem beschäftigt?
2. Welche kommunalen Handlungsfelder bewerten die Entscheidungsträger angesichts des demographischen Wandels als wichtig?
3. Welche Veränderungen erwarten sie in welchen kommunalen Handlungsfeldern?
4. Wo werden besondere Chancen und Risiken gesehen?
5. Welche Lösungsideen können die Entscheidungsträger für die künftige Entwicklung beisteuern?¹¹

Im Ergebnis werden Forderungen in zwei Richtungen formuliert:

1. Aktive Politik betreiben, um Negativtrends gegenzusteuern.
2. Die Bedingungen an die sich verändernde Situation anpassen als „negative Politik“.

Zur ersten Richtung das Beispiel aus Rheinland-Pfalz als aktive Familienpolitik:

„Nur durch Kinder lässt sich der Prozess der Alterung und zahlenmäßigen Abnahme der Bevölkerung aufhalten oder zumindest verlangsamen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist: Eltern müssen Familie und Berufstätigkeit vereinbaren können...“

Kinder- und Familienfreundlichkeit ist deshalb ein Ziel, das sich heute viele Gemeinden gesetzt haben... Viele Gemeinden haben längst verstanden: Familienfreundlichkeit ist ein harter Wirtschaftsfaktor, denn Kommunen werden zukünftig in ein Konkurrenzverhältnis um Einwohner treten. Gemeinden, in denen es sich für Familien gut leben lässt, werden für die Zukunft gewappnet sein. Die Attraktivität als Wohnstandort erhält kommunale Steuereinnahmen, beeinflusst positiv Standortentscheidungen von Investoren und sichert den Nachwuchs an Fachkräften in den Regionen.“¹²

In Sachsen klingt das so: „Im Bereich der Familienpolitik ist das bestehende überdurchschnittliche Niveau der Kinderbetreuung in Sachsen zu erhalten, weil dies einen entscheidenden Faktor bei der Erhaltung einer hohen Frauenerwerbsbeteiligung darstellt. Ziel sollte es sein, das Angebot der Kinderbetreuung zu flexibilisieren, den Arbeitszeiten anzupassen und die Betreuungsmöglichkeiten und unterstützende Infrastruktur für Eltern schon während der Ausbildung, insbesondere des Studiums, zu verbessern.“¹³

Zum zweiten Punkt das Beispiel Sachsen: „Im Bereich der Raumentwicklung ist das bisher wachstumsorientierte Planungsverständnis durch ein Paradigma der Schrumpfung und des Umbaus zu ergänzen. Leitbilder und Planungen sollten sich am demographischen Wandel orientieren.“¹⁴

Die öffentlich Bediensteten betreffend liest sich das so: „Gegenwärtig (Datenstand 2004) beschäftigt das Land Sachsen (ohne Wirtschaftsunternehmen, Hochschulen und Hochschulkliniken) ca. 1.930 Vollzeitäquivalente je 100.000 Einwohner, während der Personalbesatz in den finanzschwachen Westflächennländern bei ca. 1.770 liegt. Das Land hat damit in den einbezogenen Bereichen einen Personalüberhang von insgesamt 7.000 Stellen. Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs steigt dieser Personalüberhang ohne

¹⁰ Schmidt, Kerstin, S. 6f.

¹¹ Staatskanzlei Mainz: Folgen des demographischen Wandels aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger. Mainz 2005, S. 2

¹² Staatskanzlei Mainz, Folgen, S. 3

¹³ Expertenkommission „Demografischer Wandel Sachsen“, Empfehlungen, S. VIII

¹⁴ Expertenkommission „Demografischer Wandel Sachsen“, Empfehlungen VIII f.

aktives Gegensteuern bis zum Jahr 2020 auf über 12.000 Stellen. Es besteht demnach ein erheblicher Konsolidierungsbedarf beim Personal.“¹⁵

Die Delphi-Methode, d.h. die Befragung der Akteure, wurde auch im Bereich der Ökonomie angewandt. So basiert der Endbericht der InnoDreiländereck-Studie „Technologie- und Innovationswerkstatt im Dreiländereck“, Dez. 2004, auf der Auswertung von 10,3 % Rücklaufquote der angeschriebenen 6.151 Unternehmen. Bei befragten 200 Hochschullehrern betrug der Rücklauf immerhin 60,5 %. Der dritte Faktor war die Selbstbefragung (S. 4). Daraus wurden die Schlussfolgerungen abgeleitet:

„Aus den Analyseergebnissen lassen sich belastbare Aussagen zum Innovationsprofil und zum Innovationsklima in der Region ableiten. Danach verfügt die Region Oberlausitz/Niederschlesien durchaus über umfangreiche Innovationspotentiale. Bei der Nutzung dieser Potentiale für Wirtschaftswachstum und Zukunftsfähigkeit der Region sind Reserven zu erkennen, die in großen Teilen durch das gemeinsame Handeln endogener Akteure erschlossen werden können.“¹⁶

4. Konzepte

„Von der Regionalplanung zur Regionalentwicklung“ beschrieb das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft 1998 den seit der Wende begangenen Weg. Dieser Weg ist in enger Abstimmung mit Entschliefungen der Europäischen Union, Landesgesetzen, Wissenschaftlichen Einrichtungen und den Eigeninitiativen einzelner Kommunen gegangen worden. Die Fülle des Materials und die Intensität der Arbeit auf allen beteiligten Ebenen nötigt Respekt ab. Vielleicht hatte Sachsen schneller als andere neue Bundesländer verstanden, die Notwendigkeit der Transformation mit den gegebenen Möglichkeiten zu verbinden. So können viele der nun vorzustellenden Konzepte, auch wenn sie von wissenschaftlichen Einrichtungen stammen, nicht losgelöst von ihrer Kooperation mit den entsprechenden Staatsministerien bzw. regionalen Gremien gesehen werden.

Lokale Agenda 21

Die lokale Agenda 21 geht auf die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) zurück, die 1992 in Rio de Janeiro dieses Aktionsprogramm zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung beschlossen hat. Besonders die Kommunen als Träger der politischen Verantwortung vor Ort werden darin zum Handeln aufgefordert.

Drei Handlungsfelder werden genannt:

1. eine ökologisch orientierte (haushälterische) Bodenpolitik
2. eine stadt- und sozialverträgliche Mobilitätspolitik
3. eine vorsorgende Umweltpolitik.¹⁷

Zwei Jahre später verständigten sich die Raumordnungsminister der EU in Leipzig über die „Grundlagen einer europäischen Raumordnungspolitik“. Sie mündeten 1997 in den Entwurf eines Europäischen Raumentwicklungskonzeptes (EUREK). Danach sollen, so im Arbeitsdokument vom Dezember 1998 formuliert, „in Zukunft verkehrspolitische Vorhaben der EU mit städtebaulichen oder landschaftlichen Maßnahmen auf lokaler bzw.

¹⁵ Expertenkommission „Demografischer Wandel Sachsen“, Empfehlungen, S. 29 f.

¹⁶ InnoDreiländereck, Technologie, S. 8

¹⁷ Reinfried, Dieter, Lokale Agenda 21, 1999, S. 4 f.

regionaler Ebene abgestimmt und verknüpft werden.“¹⁸ Die EU soll sich danach von einer Wirtschaftsunion schrittweise auch zu einer Umwelt- und Sozialunion entwickeln.¹⁹ Die EU ist dabei an der Herstellung einer ausgeglichenen Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Raum interessiert.

Über das neue Bau- und Raumordnungsgesetz des Bundes (BauROG) von 1998 war auch der Freistaat Sachsen zur Anpassung seines Landesentwicklungsplanes von 1992 verpflichtet. Der neue LEP ist am 1.1.2004 in Kraft getreten. Die Leitvorstellungen der nachhaltigen Raumentwicklung in ihrer Dreidimensionalität von Ökologie, Ökonomie und Soziales sieht die Staatsregierung als Umsetzung der Agenda 21 für die Entwicklung der Städte, Dörfer und Regionen festgeschrieben.²⁰ Durch die EU-Programme INTERREG III A und INTERREG III C strebt Sachsen an, mit der nun erfolgten EU-Erweiterung einen zweiten europäischen Wirtschaftskernraum in Zentraleuropa herauszubilden. Hier steht die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zunächst im Vordergrund.²¹

Für die Oberlausitz ist die grenzüberschreitende gemeinsame Planung mit den polnischen und tschechischen Nachbarregionen bzw. den Zentralregierungen in Warschau und Prag von entscheidender Bedeutung. Neben dem politischen Willen zur Kooperation ist die Herausbildung von sprachkundigem Fachpersonal außerordentlich wichtig. Nur so kann eine Vertrauenskultur der Zusammenarbeit entstehen. Als Beispiel siehe das Verfahren der Strategischen Umweltprüfung (SUP) in Sachsen, Polen und Tschechien.²²

Um im Orchester der Beteiligten an der Landesentwicklung eine gewichtige Stimme zu haben, hatten die Städte Bautzen, Görlitz und Hoyerswerda schon 1994 einen „Oberzentralen Städteverbund“ gegründet; im neuen Landesentwicklungsplan wollen sie, neben den Städten Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen im Vogtland, gemeinsam ein Oberzentrum bilden. So war schon 1994 für die Region Oberlausitz ein „Regionales Entwicklungs- und Handlungskonzept“ (REK) erstellt und unter Beteiligung aller relevanten regionalen Akteure (Landkreise, Regionale Planungsstellen, Regionale Wirtschaftsfördergesellschaften, IHK, Vertretern der Wirtschaft usw.) „Gemeinsame Leitvorstellungen zu künftigen Aufgaben“ formuliert worden.

Folgende Hauptaufgaben wurden herausgearbeitet:

1. Versorgungsfunktion. Dazu gehört die Ausstattung mit Sportstätten, die Erhaltung kultureller Angebote (Theater), das gehobene Bildungsangebot und die gehobene Ausstattung im Gesundheitswesen.
2. Die Schaffung eines Blickpunktes auf die Region. Das gilt sowohl für die Stärkung des regionalen Selbstverständnisses wie seiner Wahrnehmung nach innen und außen.
3. Die Stabilisierung der Eigenentwicklung der Städte. Dahinter steht der Gedanke, dass starke Städte auch der Region nützen.
4. Entwicklungsfunktion – die Förderung der Region als Ganzes. Die Aufgabe besteht hier in der Implementierung von Projekten der Regionalentwicklung und ihrer modellhaften Durchführung. Gegebenenfalls können die Projekte um zusätzliche Partner erweitert werden.

¹⁸ Benedict, Ernst, Die europäische Raumentwicklung und ihre Bedeutung für Sachsen, in: Lokale Agenda 21, S. 11

¹⁹ EUREK, Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Europäischen Union

²⁰ Hegewald, Margit, Grundsätze der Landes- und Regionalplanung und Stand der Regionalentwicklung im Freistaat Sachsen, in: Agenda 21, S. 20

²¹ Sächsisches Staatsministerium des Innern, Landesentwicklungsbericht 2006. Dresden 2007, S. 9

²² LEP 2006, S. 40

1997 und 1999 wurde das Leitbild präzisiert: „Die Städte des Oberzentralen Städteverbundes sind als Wachstumsknoten für eine tragfähige Regionalentwicklung auszubauen. Dazu sind die räumlichen Voraussetzungen für die Erhaltung und Stärkung ihrer oberzentralen Funktion als Verkehrs-, Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftszentrum von überregionaler Bedeutung zu schaffen.“²³

Die Begründung dafür lautete, dass die drei Städte Bautzen, Görlitz und Hoyerswerda bereits jetzt jeweils einige Teilfunktionen erfüllten, so Bautzen für Verwaltung, Bildung und Kultur, Görlitz für Bildung, Kultur und Gesundheitswesen. Da aber eine eigenständige Entwicklung nur einer Stadt zu einem selbständigen Oberzentrum auf Grund mangelnder oberzentraler Ausstattung und geringer Einwohnerzahl nicht absehbar ist, können die drei Städte nur gemeinsam die funktionalen Defizite in der Region durch die Verknüpfung einzelner, bereits wahrgenommener oder zusätzlich zu entwickelnder oberzentraler Funktionen abbauen.

Voraussetzung dafür ist, dass sich die drei Städte als eigenständige Städte mit zentralörtlicher Bedeutung für unterschiedliche Teilräume in der Region entwickeln können und durch die Verständigung auf sinnvolle Kooperation die Nachfrage der vorhandenen oberzentralen Leistungen in den drei Städten aus der Region heraus erhöht wird.²⁴ Die Vernetzung mit den Mittelzentren Zittau, Löbau, Kamenz und Weißwasser/OL ist dabei notwendig und sinnvoll und das hoch entwickelte Regionalmarketing von Dr. Große eine Erfolgsgeschichte.²⁵

Zwei Beispiele sollen zeigen, wie Kommunen selbst ihre Zielvorstellungen formulieren: Hoyerswerda und Zwickau.

So reichten dem Baubürgermeister der Stadt Hoyerswerda die zahlreichen vorhandenen Pläne nicht aus. „Inzwischen erweist sich jedoch, - sagte er 1998 -, dass mit diesen Instrumenten allein die Zukunft einer Stadt nicht mehr zu bestimmen ist, sondern es muss ein Instrumentarium da sein, das auf weitere Fristen ausgerichtet ist und das größere Zeiträume überspannt. Als solches ist nun das „Leitbild“ entwickelt worden.

Dabei soll es sich um ein Instrument handeln, das die voraussichtliche Entwicklung einer Stadt, die voraussichtlichen Möglichkeiten betrachtet und das die der Stadt zugeordneten Funktionen so gestaltet, dass in Entscheidungsräumen (Entscheidungskorridoren) darauf gezielt hingearbeitet werden kann. Damit ist einerseits ein zielgerichtetes Vorgehen in der Stadtentwicklung möglich, andererseits ist für die jeweiligen privaten Investoren erkennbar, in welche Richtung zweckmäßig zu gehen ist, und es ist ein Instrument da, das weitestgehend geeignet ist, Fehlinvestitionen zu vermeiden.“²⁶

In zwei Abschnitten wurde anschließend das „Leitbild für den Stadtraum Hoyerswerda 2030“ in Auftrag gegeben. Es ist die Basis für die auf 10-15 Jahre ausgerichteten Flächennutzungspläne. Ohne aktive Bürgerbeteiligung sind solche Leitbilder nicht aufzustellen, sie erfordern einen parteiübergreifenden Konsens.

Dieser war von Anfang an das Ziel der Leitbildentwicklung auch in Zwickau. „Zwickau – Zentrum mit Zukunft“ war das Ergebnis eines detaillierten Zeitplanes, das die bestehenden Integrationsstrukturen Regionalmarketing, Regionalkonferenz und Sächsisch-Bayerisches

²³ Leitbild zum OZSV vom 19.03.1997, REK 1999

²⁴ Siehe auch: Schaaf, Andreas, Ergebnisse und Vorhaben des Oberzentralen Städteverbundes Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda, in: Regionalentwicklung der Oberlausitz, 2007, S. 36-41

²⁵ Siehe auch: Große, Holm, Die Oberlausitz – ein Modell für partnerschaftliches Regionalmarketing von Unternehmen, Kommunen und Region, in: Regionalentwicklung der Oberlausitz, S. 85-93

²⁶ Hamacher, Walter, Stadt Hoyerswerda und ihr Leitbild 2030, in: Agenda 21, S. 75

Städtenetz mit einbezog.²⁷ Auch hieraus entstand ein Stadtentwicklungskonzept, das in konkrete Einzelprojekte mündet.

In ihrer Arbeit „Neue Chancen für alte Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen“ entwickeln Rolf Reißig und Frank Berg einen eigenen Vorschlag für ein „Leitbild Sachsen“. Es lautet:

„Sachsen – ein zukunftsfähiger, attraktiver und sozial gestalteter Lebens- und Wirtschaftsraum in der Mitte des zusammenwachsenden Europa.“

Dieses Leitbild mündet in die Elemente:

1. Sachsen: selbst tragende Entwicklung aus eigener Kraft
2. Sachsen: sozial gerecht und offen
3. Sachsen: modernes Bildungsland.

Die Forderung nach Nachhaltigkeit hat zur Folge einen Prozess der Umgestaltung, der von Wissen und Innovation lebt, sozial gestaltet werden muss und kooperative Formen politischen Handelns sowie zivilgesellschaftliches Engagement erfordert. Neben dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit wird die Mittlerfunktion zwischen West und Ost betont, aber auch zwischen Nord und Süd.²⁸

Die Theorie der Wachstumspole

Im Leitbild „Wachstum und Innovation“ hat Sachsen das Sachsendreieck Chemnitz-Leipzig/Halle-Dresden als Metropolregion verankert. Es ist damit eines der 11 deutschen und 120 europäischen Metropolregionen. In ihnen bündeln sich europäisch und global bedeutsame Steuerungs- und Kontrollfunktionen, Innovations- und Wettbewerbsfunktionen, Gateway- und Symbolfunktionen. Dazu gehören insbesondere Schaltstellen internationaler Finanzströme, hohe Dichte an Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, kreativer Milieus, hochrangiges Verkehrsinfrastrukturangebot, kulturelle Bedeutung und internationales Ansehen.

Das Motto für die Metropolregion Sachsendreieck lautet: Zukunftsweisend für Umbau, Hochtechnologie und Lebensqualität in Europa. Das Sachsendreieck strahlt bereits auf die Nachbarregionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen aus und ist bestrebt, im Rahmen des INTERREG III C- Projektes PolyMETREXplus polyzentrische Beziehungen zu den anderen Metropolregionen aufzubauen. Hier soll ein Netz von 19 Projektpartnern entstehen.²⁹ Der Freistaat versucht damit zu erreichen, dass diese sächsische Städteverbindung in die dritte Kategorie der „Global Cities“ aufsteigt. Die Ansiedlung global agierender Unternehmen wie BMW, Porsche, die IT-Branche und die Logistik-Unternehmen scheinen den Ansatz des Freistaates zu bestätigen, Wachstumspole zu fördern und von ihnen eine Ausstrahlung auf das Umland bzw. die Region zu erwarten.

Zwar gibt es inzwischen Kritik an dieser Politik, Fördermittel auf Wachstumspole zu konzentrieren, die brandenburgische Praxis der „dezentralen Konzentration“, in der zwei Drittel der Fördermittel von 16,6 Milliarden Euro in die Randregionen flossen, führte aber

²⁷ Sadowski, Ulf, Leitbild-Entwicklung – Schritte und Elemente zur erfolgreichen Regionalentwicklung, in: Agenda 21, S. 32-36; Reisch, Helmut, Leitbild-Entwicklung für Zwickau, in: Agenda 21, S. 37-43

²⁸ Reißig, Rolf, Frank Berg, Regionale Entwicklungskonzepte: Das Beispiel Sachsen, in: Reißig, Rolf, Michael Thomas (Hg.), Neue Chancen für alte Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen. Münster 2005, S. 258 ff.

²⁹ LEP 2006, S. 91 ff.

auch nicht zum erwarteten Erfolg. Im Ergebnis werden immerhin andere Kriterien für die Vergabepraxis gefordert als nur ein Denken in Zentrum und Peripherie.³⁰

Das Konzept der lernenden Regionen

Als eine wichtige Innovationshoffnung europäischer Politik wird das Konzept der „Lernenden Region“ bezeichnet. Die Herausforderungen der Globalisierung können langfristig nur mithilfe von regionalen Kooperationsstrukturen und lokalen Schnittstellen bewältigt werden.³¹ Insbesondere Österreich sieht hierdurch „Neue Chancen für den ländlichen Raum“ und verweist auf die Erfahrungen in der Steiermark, Niederösterreich, Oberösterreich, aber auch Bayern (Tölzer Land).³²

Sachsen unterstützt dieses Konzept als Netzwerk in fünf Projekten. Uns am nächsten liegt das Projekt „PONTES – lernen in und für Europa. Brücken bauen in der Euroregio.“ Das Projekt wurde gefördert von der EU, vom BMBF und dem Freistaat. Nach einer Förderung von 2003-2007 läuft jetzt das Teilprojekt 2 „Nachbarschaft und Sprache“ noch, das über INTERREG III A – Mittel finanziert wird. Vom 10. bis 11. September 2008 sollen in Berlin auf einem Transferkongress der Lernenden Regionen die Erfolge, Ergebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus den sieben Jahren Laufzeit des Programms vorgestellt werden.³³

Das Instrument der „Regionalen Vorausschau“

Wer immer sich mit Zukunftsplanung für eine Region befasst, kommt am Instrument der „Regionalen Vorausschau“ (Regional foresight) nicht vorbei. Es vereint Bestandsaufnahme, Entwicklung von Zielvorstellungen mit Methoden der Expertenbefragung, Bürgerbeteiligung, vor allem aber der Szenarioanalyse. Von der EU selbst als Instrument analysiert – 80 Modelle wurden verglichen – vom European Science and Technology Observatory (ESTO) empfohlen und in der EU als „European Foresight“ selbst genutzt und mit einer Datenbank ausgestattet,³⁴ wurde es von einigen wissenschaftlichen Einrichtungen bei ausgewählten Regionen wie Wallonien, aber auch den ostdeutschen Grenzregionen einschließlich der Oberlausitz, in der Richtung angewandt zu analysieren, inwiefern diese Regionen innovatives Zukunftspotenzial besitzen. Der Ansatz lässt sich so beschreiben:

„Es hat sich... ein entsprechender Konsens abgezeichnet, nach dem Zukunftsforschung aufgefasst wird als ein spezifischer Ansatz, der generell auf interdisziplinäre Weise und in Netzwerkform realisiert wird und der es ermöglicht, Entwicklungstendenzen ausfindig zu machen, Kontinuitäten, Brüche und Verzweigungen der Variablen (Akteure und Faktoren) des Umfelds festzustellen sowie eine breite Auswahl an potentiellen Zukunftsgestaltungen zu bestimmen. Sie ermöglicht somit die Ausarbeitung kohärenter Strategien und eine Erhöhung der Qualität der zu treffenden Entscheidungen. Sie ist eine – für proaktives Handeln notwendige – Methode, eine Einstellung, durch die Ereignisse antizipierbar werden, durch die Handeln in Richtung erwünschter Veränderungen möglich wird und durch die neue

³⁰ Zundel, Stefan, unter Mitarbeit von René Linn, Auf der Suche nach einem wirtschaftlichen Profil – Regionale Wirtschaftspolitik in der Lausitz, in: Schröder, Wolfgang, Stefan Zundel (Hrsg.), Regionale Entwicklung der Lausitz. Auf der Suche nach einem wirtschaftlichen Profil. Berlin-Brandenburg 2003, S. 178 ff.

³¹ Stahl, Thomas und Schreiber, Rainer, Regionale Netzwerke als Innovationsquelle. Das Konzept der „Lernenden Region“ in Europa. 2003

³² Tagung am 7. April 2006 in St. Florian, OÖ; http://www.oieb.at/themen/Tagung_Lernende_Regionen.htm

³³ <http://www.lernende-regionen.info/dlr>

³⁴ European Foresight Pilot Project: <http://prest.mbs.ac.uk/eurofore/project.shtm>; Mapping Foresight Competence in Europe: The EUROFORE Pilot Project. Report EU 20755 EN

Handlungsmöglichkeiten erst wahrgenommen werden können.“³⁵ Und: „Vorausschau“ charakterisiert einen Trend im Bereich der Zukunftsforschung, der die strategische und politische Planung auf Regionaler Ebene durch neue partizipative Ansätze mit dem Ziel gemeinsamer Visions- und Leitbildentwicklung zu erweitern sucht.“³⁶

Die Darstellung des Instruments ist den Autoren vom Düsseldorfer VDI-Technologiezentrum dabei besser gelungen als die Anwendung auf die ostdeutschen Regionen.³⁷ Für die Zukunftsplanung interessant sind die Ausführungen über die Computersimulation, insbesondere die Systemdynamik.³⁸ Von Günter Clar liegt nur die power-point-presentation vor. Fasst man die beiden vorliegenden Vorausschau-Darstellungen zusammen, so finden wir bei Günter Clar vom Steinbeis-Europa-Zentrum Stuttgart die Formulierungen für den „Strategieprozess 2030“:

„Folgendes könnte ein *allgemeines* Oberziel sein:

- Die Oberlausitz ist, mit ihren Nachbarregionen in Deutschland, Polen und der Tschechien Republik, erfolgreich in die Weltwirtschaft integriert, die Arbeitsplätze in der Region sind nachhaltig abgesichert, sie bietet ihrer Bevölkerung gute Lebensperspektiven und ist attraktiv für andere.
- Die Ergebnisse würden formuliert in der Form von konkreten, umsetzbaren und optimalen – im Sinne der ganzen Region – Handlungsempfehlungen für die Gegenwart.³⁹

Braun u.a. formulierten die Ziele für die Oberlausitz auf einer Ebene darunter:

- Milderung des Strukturwandels durch die EU-Erweiterung
- Vermeidung negativer Einwirkung der staatlichen Grenzen
- Verbesserung des Images und der Identifikation mit de Lausitz/Oberlausitz
- Vermeidung weiterer Risiken für die arbeitsintensiven Branchen
- Nutzung des vorhandenen Branchenmix aus Landwirtschaft, Tourismus, Gewerbe und hochwertigen Dienstleistungen
- Stärkung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes und der Branchenkompetenz
- Bündelung öffentlicher und privater (Finanz)mittel!⁴⁰

Albert Löhr hat die Schwächen dieser Aussagen deutlich formuliert: „Man wird aber die Prognose und Gestaltungskraft der ‚Vorausschau‘ dabei nicht überschätzen dürfen, schrieb er. Denn obwohl man schon lange mit Hilfe geeigneter Prognose- oder Szenariotechniken einen methodisch halbwegs abgesicherten Blick in die Zukunft zu werfen versucht, stehen ‚vorausschauende‘ Aktivitäten immer unter dem Vorbehalt, dass Zukunftsprognosen (1) in hohem Masse *unsicher*, und (2) in starkem Masse von *politischen* Präferenzen abhängig sind. Man sieht daher oft nur vorher, was man vorhersehen *will* bzw. *soll*. Anders formuliert: Es ist nicht ‚gegeben‘, was in der Zukunft passiert, so dass man es ‚schauen‘ könnte, sondern liegt in den Händen der Politik, die Rahmenbedingungen für das Mögliche zu verändern.“

³⁵ <http://www.Wallonie-en-ligne.net> 2002_Territorialen-Zukunftsforschung.htm; in: Braun, Anette, Christian Glauner, Axel Zweck, Regionalstudie: Regionale Vorausschau in ostdeutschen Grenzregionen. (Zukünftige Technologien Nr. 61). Düsseldorf 2006, S. 81

³⁶ Braun u.a. 2006, S. 84

³⁷ Braun, Anette, Christian Glauner, Axel Zweck, Einführung in die Praxis der „Regionalen Vorausschau“. Hintergründe und Methoden. ZTC Working paper 2/2005, 46 S.

³⁸ Braun u.a. 2005, S. 23 f.; siehe auch: Binas, Theoretische Anmerkungen, S. 115 ff.

³⁹ Dr. Günter Clar, Regionale Vorausschau. Gemeinsam zu besseren Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Rothenburg/OL, 15. Sept. 2006

⁴⁰ Braun u.a., 2006, S. 65

Dennoch sieht er Möglichkeiten der Nutzung dieses Ansatzes:

- Regionale Vorausschau ist keine ‚Vorhersage‘ im Sinne eines Wetterberichts, sondern argumentative *Beschäftigung mit Zukunft* auf der Basis dessen, was man über eine Region wissen kann.
- Sie entfaltet eine *normative Wirkung*, so dass sich aus der Auseinandersetzung mit Visionen konkrete Entwicklungspfade herauskristallisieren.
- Regionale Vorausschau will einen interdisziplinären *politikfeld-übergreifenden Betrachtungsrahmen* aufspannen, um allen wesentlichen Aspekten eine Chance zu geben.
- Voraussetzung ist dabei eine präzise Analyse und Bewertung der Gegenwart – eine *schonungslose Analyse*, wie es Ministerpräsident Milbradt formuliert.
- Die Erarbeitung dieser Analysen muss *von unten* aus der Region selbst heraus vorgenommen werden, weil dort auch die konkrete Überzeugung für die weitere Entwicklung geleistet werden muss.
- Ganz wesentlich kommt es dabei auf die *breite Partizipation* aller relevanten Akteure an, um den lokalen Sachverstand zu mobilisieren.
- Partizipation darf nicht auf isolierte Meinungsäußerung und Forderungen reduziert werden, sondern stellt einen Ansatz der *Vernetzung und Zusammenarbeit* aller Betroffenen in deren eigenem Interesse dar.
- Regionale Vorausschau ist kein einmaliger Akt, sondern ein permanenter, mittel- bis *langfristig angelegter Prozess*.
- Um den Prozess und seine Ergebnisse nachvollziehbar zu machen, ist volle *Transparenz* in allen Schritten nötig.

So verstanden, - schreibt Löhr versöhnlich -, kann das Konzept der Regionalen Vorausschau in der Tat zu einem Arbeitsprinzip der Regionalentwicklung werden, durch das Klärungen der politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Ziele sowie Initiativen zur konkreten Umsetzungsarbeit in Gang gebracht werden.⁴¹

Auch Reißig und Berg legen ein in sich stimmiges regionales Entwicklungskonzept für Sachsen vor, das seinen Ausgangspunkt in der SWOT-Analyse hat, den Aufbau innovativer Zukunftstechnologiekomplexe und Branchencluster fordert, eine neue Bildungs- und Wissenschaftspolitik verlangt und in der Kooperation mit den Nachbarn insbesondere für die Oberlausitz Entwicklungschancen sieht. Von daher fordern sie eine Neuordnung der Regionalpolitik innerhalb Sachsens. Sie halten zwar am Sachsendreieck fest, wollen aber im Sinne der Orientierung auf gleichwertige Lebensverhältnisse in *allen* Teilräumen, den so genannten „Funktionalen Peripherien“, nicht verzichten.⁴² Darüber hinaus fordern sie eine Übereinkunft bei sechs zentralen Orientierungen: Toleranz, Demokratie, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, Partizipation, Zukunftsfähigkeit.⁴³

Clustering

„Das Zauberwort der Wirtschaftsförderung“ nennen Roland Scherer und Thomas Bieger ihren Sammelband zu diesem Thema.⁴⁴ Ihre Fallbeispiele der Bildung von Netzwerken, die durch

⁴¹ Löhr, Albert, Zusammenfassung: Regionalentwicklung der Oberlausitz. Impulse aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, in: Regionalentwicklung der Oberlausitz, 2007, S. 122 f.

⁴² Reißig, Berg, S. 295

⁴³ Reißig, Berg, S. 298

⁴⁴ Scherer, Roland und Bieger, Thomas (Hrsg.), Clustering – das Zauberwort der Wirtschaftsförderung. 2003

Wissensaustausch höhere Produktivität und Innovation erzeugen sollen, stammen aus der Cluster-Politik von Zürich, Bern, Basel, Freiburg und Straßburg, also einer hoch entwickelten Industrieregion.

Die Bildung von Clustern als wichtige Hilfsmittel zum Bestehen im immer intensiver werdenden interregionalen Wettbewerb, stellen Johannes Bröker u.a. dar.⁴⁵

Unter Leitung von Martin T. W. Rosenfeld legte das Institut für Wirtschaftsforschung Halle 2004 eine solche Studie für Ostdeutschland vor: „Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft.“⁴⁶

Der Begriff des „regionalen Clusters“ kann sowohl die intensiven Lieferbeziehungen zwischen den Unternehmen innerhalb einer Region wie die produktionstechnische Verwandtschaft zwischen den Unternehmen bezeichnen. Die von diesen Merkmalen erwarteten Wirkungen setzen jedoch eine gewisse „kritische Masse“ voraus. Sie können auch durch Austauschbeziehungen zwischen Unternehmen und anderen Organisationen (z.B. den Wissenschaftseinrichtungen) in einer Region entstehen. Als Austauschbeziehungen sind über marktähnliche Transaktionen auch Netzwerkbeziehungen von Bedeutung, nicht zuletzt zur Weiterleitung des so genannten nichtkodifizierbaren Wissens („tacit knowledge“). Soweit die Austauschbeziehungen auch den Bereich der Forschung und Entwicklung betreffen, ist für ein „regionales Cluster“ auch eine besonders stark ausgeprägte Innovationstätigkeit der betreffenden Unternehmen und sonstigen Organisationen (insbesondere der Wissenschaftseinrichtungen) zu erwarten, die sich weiter produktivitätssteigernd auswirken dürfte. Weiterhin ist strittig, ob „regionale Cluster“ immer nur in den großen Städten oder ihrem Umland entstehen können.⁴⁷

„Im Ergebnis der empirischen Untersuchung zeichnet sich...eine Konzentration der (potenziellen) OEK (Ökonomische Entwicklungskerne) auf die Ober- und Mittelzentren der neuen Bundesländer ab. Demgemäß wird eine Politik der Stärkung der OEK die in diesen Zentren vorhandenen Kompetenzen stärken müssen. Dabei ist zu bedenken, dass nicht nur die Kerne der Zentren, sondern auch ihr unmittelbares Umland Träger von (potenziellen) OEK sind. Mit einer Stärkung der Zentren wird auch der ...Unterscheidung zwischen ‚Urban agglomeration economics‘ und ‚Cluster agglomeration economics‘ Rechnung getragen.“⁴⁸ Rosenfeld empfiehlt, in Zweifelsfällen stets eine Konzentration auf die Ober- und Mittelzentren durchzuführen.

Für eine Neuordnung der Regionalpolitik arbeitet er fünf Leitsätze heraus:

1. Eine Politik für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern muss sich noch stärker als bisher an den konkreten Stärken und Schwächen der einzelnen Teilräume orientieren und mithin verstärkt regional differenzierende Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung vorsehen.
2. Die jeweils in einer Region fehlenden oder nur schwach ausgeprägten Elemente von Ökonomischen Entwicklungskernen sind zu ergänzen bzw. zu stärken.
3. Eine detaillierte Konkretisierung der Entwicklungskern-Strategie setzt voraus, nähere Details über die jeweiligen Engpässe bei den drei untersuchten Aspekten von Ökonomischen Entwicklungskernen zu kennen.

⁴⁵ Bröker, Johannes, u.a., Innovation Clusters and Interregional Competition. 2003

⁴⁶ Rosenfeld, Martin T. W., Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft. Institut für Wirtschaftsforschung Halle 2004, 288 S.

⁴⁷ Rosenfeld, S. 8

⁴⁸ Rosenfeld, S. 18

4. Da Ökonomische Entwicklungskerne immer auf bestimmte Branchen oder Technologien konzentriert sind, impliziert die Entwicklungskern-Strategie der Regionalpolitik die Durchführung von tendenziell sektoral oder technologisch selektiven Maßnahmen, die zugleich (und vor allem!) regional selektiv sind, also nur für einzelne Regionen erfolgen.
5. Weil im Vorhandensein von räumlicher Ballung eine zentrale Voraussetzung für Ökonomische Entwicklungskerne zu sehen ist, muss die Entwicklungskern-Strategie Ballungen stärken und Vorteile der Nähe ausbauen.⁴⁹

Für die Oberlausitz sehen die Autoren Ökonomische Entwicklungskerne in der Bahntechnik Bautzen-Görlitz und Anreize zu Ökonomischen Entwicklungskernen in den Bereichen Nachwachsende Rohstoffe, Ernährungsgewerbe, Textil- und Bekleidungsindustrie, Kunststoffindustrie sowie im Entsorgungsgewerbe.⁵⁰

Zundel und Linn machen darauf aufmerksam, dass die Ökonomischen Entwicklungskerne nicht mit räumlichen Wachstumspolen zu verwechseln sind. So sind von den als Wachstumspole definierten Städten nur Jena und Chemnitz schneller gewachsen als der Durchschnitt, auch blieben Ausstrahlungseffekte aus. So kommt das DIW Berlin zum Schluss: „Vor diesem Hintergrund ist fraglich, ob eine Konzentration des regionalpolitischen Förderinstrumentariums auf die Wachstumspole tatsächlich die gewünschten großflächigen Entwicklungsimpulse mit sich bringt – es sei denn, sie trägt dazu bei, die Wachstumsschwäche der Pole selbst zu überwinden.“ Die Idee, dass die Fördermittel...in Sachsen vor allem auf das Dreieck Chemnitz-Dresden-Leipzig konzentriert werden sollten, ist, so die Autoren, demnach mit Vorsicht zu genießen.⁵¹

Sie empfehlen dagegen zwei Handlungsoptionen. Zum einen sollen in einem Wettbewerb der Regionen diese ihre besonders wettbewerbsfähigen industriellen Kerne mit einer überregionalen Orientierung und ihre innovativen Bündnisse von Unternehmen und Wissenschaftsinstitutionen in den Mittelpunkt der regionalen Wirtschaftspolitik stellen.⁵²

Der zweite Punkt betrifft die Beratung. Nach einem DIW-Gutachten von 2001 sind die wichtigsten Elemente der kommenden Wirtschaftsförderung

- die Beratung von ortsansässigen Unternehmen über Standortsituation, Fördermittel und
- bei Antragsverfahren, die Mobilisierung von EU-, Bundes- und Landesmitteln,
- Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit sowie
- Die Initiierung und Koordinierung konkreter Projekte zur Verbesserung der harten Standortfaktoren.⁵³

Großen Handlungsbedarf sehen die Autoren darin, die Qualität der kommunalen Wirtschaftsförderung zu verbessern. Die Unternehmen erwarten von den Wirtschaftsförderern, dass sie sich grundsätzlich in die Aufgabenstellung des Unternehmers hineinversetzen können. Die Praxis zeigt, dass das traditionelle Rollenverständnis, wonach die Wirtschaftsförderung sich auf die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns und die Unternehmen sich auf das wirtschaftliche Handeln konzentrieren sollten, vermutlich obsolet ist. Dazu sind zu viele Institutionen aktiv, sie sind zu bündeln. Auch eine Arbeitsteilung für

⁴⁹ Rosenfeld, S. 14 f.

⁵⁰ Rosenfeld, S. 219

⁵¹ Zundel, Linn, S. 179 f.

⁵² Zundel, Linn, S. 180

⁵³ Zundel, Linn, S. 186

eine clusterzentrierte Ansiedlungspolitik bietet sich an. Die Konzentration der einzelnen Wirtschaftsförderer auf je eine bestimmte Klientel wäre dann von Vorteil. Die gebotene Entscheidungsautonomie legt dabei nahe, die Wirtschaftsförderung aus der Verwaltung auszugliedern.⁵⁴

5. Grenzüberschreitende Konzepte

In Folge der EU-Erweiterung liegt Sachsen im 2. Europäischen Wirtschaftskernraum („Orange Banane“). Das SMI schreibt dazu: „Ziel muss sein, die Entwicklung einer polyzentrischen Struktur im Raume östlich des bestehenden europäischen Kernraumes zu entwickeln und diesen dadurch auch zu entlasten.“ Und:

„Sachsen liegt im Schnittpunkt zweier paneuropäischer Verkehrskorridore, der Korridore III und IV. Durch die von der Sächsischen Landesregierung initiierten INTERREG III B-Projekte SIC (Sustrain Implement Corridor) und Via Regia Korridor III sollen die Chancen für die Herausbildung eines zweiten europäischen Wirtschaftskernraumes im Bereich dieser beiden Korridore näher untersucht und entsprechende Vorschläge zur Verbesserung der Regional- und Verkehrsstruktur herausgearbeitet werden.“⁵⁵

Unter dem Slogan „3 Länder – eine starke und attraktive Wirtschaftsregion“ fördert die „Wirtschaftsförderung Sachsen“ die Kooperation in den grenznahen Räumen. Sie geht dabei über die Territorien der Euroregionen hinaus. In 3-CIP-Drei-Länder-Innovationsoffensiven, Gesprächskreisen zur Wirtschaftsförderung treibt sie ebenfalls Regionalentwicklung in einem für Sachsen äußerst wichtigen Bereich.⁵⁶

6. Modellvorhaben in Sachsen

Die Erprobung von Konzepten der Regionalforschung in der Praxis erfolgt in Sachsen vor allem in drei Modellregionen: Oberlausitz-Niederschlesien, Westerzgebirge und Lommatzcher Pflege.

Das Anliegen des SMI ist dabei, „einen öffentlichen Diskussionsprozess über den Umgang mit Schrumpfungprozessen auszulösen und ergebnisoffen zu führen. Deshalb sind den Modellregionen Moderatoren zur Seite gestellt, die v. a. die schwierigen Kommunikationsprozesse aktivieren und steuern sollen.“⁵⁷

Die Firma Kendschek u.a. beschreibt ihre Aufgabe so: „Das Modellvorhaben der Raumordnung in der Region Oberlausitz-Niederschlesien besteht aus zwei Säulen. Auf der einen Seite werden anhand einer deskriptiven Analyse die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die verschiedenen Handlungsfelder untersucht. Dabei gilt es aufzuzeigen, welche Konsequenzen sich beispielsweise auf dem Wohnungsmarkt, in der Wirtschaft oder bezüglich der sozialen und technischen Infrastruktur ergeben, wenn die Bevölkerung in der Region abnimmt. Auf der anderen Seite wird parallel das Problem der konkreten Bewältigung des demographischen Wandels vor Ort angegangen. In verschiedenen

⁵⁴ Zundel, Linn, S. 114 ff.

⁵⁵ Raumordnung und Landesentwicklung in Sachsen, S. 40

⁵⁶ Siehe: Wirtschaftsförderung Sachsen. <http://www.3-cip.com>

⁵⁷ SMI, Zukunftschancen in Sachsen. – Regionale Modellvorhaben zum demographischen Wandel. Dresden 2005, S. 23

Arbeitskreisen und thematischen Werkstattgesprächen wird diskutiert und nach Lösungen gesucht, was im ländlichen Raum oder in den Städten zu tun ist. Verbunden ist das Modellvorhaben mit einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, um einen möglichst breiten Personenkreis in der Region für das Thema zu sensibilisieren.“⁵⁸ In einem ersten Ergebnis wird ein regionaler Innovations- und Motivationswettbewerb gefordert, um Projekte und Personen zu finden, mit denen der demographische Wandel gestaltet werden kann.⁵⁹

Als Vorbild für die Erarbeitung eines solchen Projektes kann das „Modellvorhaben Westerzgebirge“ gelten unter Leitung des Bayreuther Jörg Maier. Als Ziele des Vorhabens werden dabei formuliert:

- Optimierung der Infrastrukturangebote
- Aufwertung der Lebensbedingungen
- Erhalt bzw. Ausbau der Lebensqualität

Trotz geringerer kommunaler Finanzmittel und sich verändernden Nachfragestrukturen. In drei Phasen: Nachdenken, Umdenken, Anpacken wurde vorgegangen, 4 Arbeitskreise gebildet. Deren Arbeit richtete sich an 7 „strategischen Leitlinien“ aus:

- Funktionsteilung/Schwerpunktsetzung
- Bindungs-/Rückkehrkonzeption
- Innere und äußere Erreichbarkeit/Erschließung
- Generationendialog
- Kooperation/Solidarität
- Kreativität/Offenheit
- Außendarstellung.

Auch wird auf Referenzbeispiele z.B. aus der Steiermark in Österreich zurückgegriffen, die zur Unterstützung der über 20 Einzelprojekte herangezogen werden konnten. Der Zeitrahmen geht bis zum Jahr 2020.⁶⁰

Hier wurden Bestandsaufnahme, Referenzbeispiele, Leitbilder der Agenda 21 und Kriterien der Regionalen Vorausschau in vorbildlicher Weise miteinander verknüpft und in ihren Schritten nachvollziehbar dargestellt. Das Modellvorhaben Westerzgebirge kann deshalb als Modell für die erfolgreiche Anwendung von Konzepten der Regionalentwicklung gelten.

7. Systemsteuerung

Die Frage stellt sich, ob diese Prozesse der Regionalentwicklung nicht nur durch Dialog mit Betroffenen und Entscheidungsträgern mit dem Risiko der Fehlentscheidungen ablaufen können, sondern über komplexe Computermodelle sich auch darstellen lassen. Das Sächsische Staatsministerium für Landwirtschaft und Umwelt hatte schon 1998 das „Sensitivitätsmodell“ von Frederic Vester in die Diskussion gebracht, später, soweit zu erkennen, aber nicht mehr weiter verfolgt. 1999 stellte Vester dann sein Buch vor „Die Kunst vernetzt zu denken. Ideen und Werkzeuge für einen neuen Umgang mit Komplexität.“ Dieser biokybernetische Denkansatz und die Verknüpfung von Daten zur Simulationsmodellierung

⁵⁸ SMI, Zukunftschancen, S. 23

⁵⁹ Komet-empirica, Zukunftschancen nutzen. Modellregion Oberlausitz-Niederschlesien, Pkt. 4.3.4. Kurzfassung: Zentrale Ergebnisse. Stand 18.04.2007

⁶⁰ Bericht über die Ergebniskonferenz am 13.06.2007 im Haus des Gastes der Stadt Schwarzenberg, OT Bernsgrün

mit Hilfe der Systemdynamik sind hoch attraktive Modelle.⁶¹ Eckehard Binas hat auf der Rothenburger Regionalkonferenz sich ebenfalls dieses Problems angenommen.⁶² Man könnte mit einem Cluster beginnen. Im Ergebnis bleibt aber die Frage, ob in der politischen Landschaft rational gefundene Ergebnisse sich überhaupt umsetzen lassen. Dennoch lohnt sich der Versuch.

⁶¹ Vester, Frederic, Die Kunst vernetzt zu denken. Ideen und Werkzeuge für einen neuen Umgang mit Komplexität. 7. Aufl. Stuttgart 2001

⁶² Binas, Theoretische Anmerkungen, S. 107-119